

7) Taunus-Zeitung, 21.12.2012: "Keine bessere Lösung gefunden."

[http://www.fnp.de/tz/region/lokales/hochtaunus/keine-bessere-loesung-gefunden\\_rmn01.c.10391298.de.html](http://www.fnp.de/tz/region/lokales/hochtaunus/keine-bessere-loesung-gefunden_rmn01.c.10391298.de.html)

### Keine bessere Lösung gefunden

**Propst Rink versteht die Verärgerung der Initiative gegen Mobbing, will aber, dass Pfarrer und KV gehen**

**Pfarrer und Kirchenvorstand müssen gehen, spätestens Ende Mai: Über die Querelen in der evangelischen Kirchengemeinde Burgholzhausen hat TZ-Mitarbeiter Klaus Späue mit dem Propst für Süd-Nassau, Dr. Sigurd Rink, gesprochen.**

Friedrichsdorf. Dr. Sigurd Rink. Herr Dr. Rink, bei der Gemeindeversammlung in Burgholzhausen gab es aus dem Publikum auch Kritik am Konfliktmanagement. Insbesondere daran, dass die Gemeinde respektive die Anti-Mobbing-Initiative nicht in das Verfahren eingebunden wurde. Warum wurde das nicht getan?

RINK: Die Gemeindeversammlung im Dezember 2011 hatte eine Mediation zwischen Pfarrer und Kirchenvorstand gewünscht. Kirchenvorstand und Pfarrer hatten dem zugestimmt. In ein solches Verfahren können zunächst nicht ohne Weiteres Dritte einbezogen werden. Es hat mit der Initiative seit Sommer 2012 Gespräche gegeben, und ihre Argumente und Ziele waren uns durchaus bekannt. Ich bedaure sehr, dass es bislang nicht zu einer einvernehmlichen Einigung gekommen ist.

Die jetzige Verhandlungslösung ist für alle Beteiligten schmerzhaft, wie immer betont wurde. Insbesondere viele aus der Gemeinde können nicht einsehen, warum sie auf Pfarrer [REDACTED] verzichten sollen. Unklar ist aber, wie tatsächlich die Meinungslage in der Gemeinde ist. Gäbe es keine Möglichkeit, die Gläubigen mit ins Boot zu holen – etwa durch eine Befragung analog einer Volksbefragung?

\*den

RINK: In den Ordnungen unserer Kirche ist eine Befragung der Gemeindemitglieder nicht vorgesehen – übrigens auch nicht bei der Wahl eines neuen Pfarrers oder einer neuen Pfarrerin. Wir können uns daher nicht einfach über die geltenden Ordnungen hinwegsetzen. Allein die Kirchensynode der EKHN kann Gesetze erlassen. Gesetzesänderungen erfolgen aber nur in einem längeren Prozess, der nur von den Mitgliedern der Synode beziehungsweise von Dekanaten angestoßen werden kann.

Ein weiterer Kritikpunkt war auch, dass die konkreten Gründe für das Zerwürfnis zwischen Pfarrer [REDACTED] und Teilen des Kirchenvorstands nicht genannt wurden. Mit Hinweis auf Personalangelegenheiten, die nicht öffentlich diskutiert werden sollen. Jetzt sind aber schon mehrmals die Gründe zumindest ansatzweise angesprochen worden: (Kommunikationsverweigerung vor allem, Dissens über Einführung von Neuerungen, Dienst nach Vorschrift). Wäre es nicht jetzt an der Zeit, alles auf den Tisch zu bringen, zumal ein Pfarrer, ähnlich wie ein Politiker, in der Öffentlichkeit steht?

RINK: Kirchenleitung und Dienstvorgesetzte wie der Dekan haben eine Fürsorgepflicht für Pfarrer [REDACTED] auf die die Initiative ja immer wieder hinweist. Diese Fürsorgepflicht verbietet es, Personalangelegenheiten öffentlich zu machen, so auch die konkreten Inhalte des Konflikts mit dem Kirchenvorstand. So verständlich das Interesse der Gemeinde an Offenheit ist, gibt es das Recht des Schutzes des Betroffenen.

Es war auch immer die Rede davon, dass niemand in dem Konflikt allein die Schuld trage. Hätte bei der Angelegenheit nicht aber berücksichtigt werden müssen, dass es rund 15 Jahre lang keine Probleme zwischen Pfarrer [REDACTED] und dem Kirchenvorstand gab und die Konflikte erst nach der Wahl des neuen Kirchenvorstands aufgetaucht sind? Hätte das nicht zugunsten [REDACTED] die Waagschale geworfen werden müssen?

x vom Pfarrer in